

# Die Parteien und die Landwirtschaft

## Bundestagswahl: Die Wahlprogramme in Stichworten

Am Sonntag wird der Bundestag neu gewählt. Für Landwirte und ihre Betriebe ist entscheidend, wie die Parteien sich in der Agrarpolitik positionieren. Das LW hat aus den Partei- beziehungsweise Regierungsprogrammen einen Überblick in Stichworten zusammengestellt.



Die Union benennt in ihrem Regierungsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 im Kapitel III unter der Überschrift „Deutschland lebenswert erhalten“ das Ziel, „ländliche Räume und Landwirtschaft zu stärken“. Folgende agrarpolitische Aspekte werden darin genannt.

- Landwirtschaft ist eine wichtige Zukunftsbranche und bedeutender Wirtschaftszweig.
- Die Gemeinschaftsaufgabe soll zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes aufgestockt und mit Blick auf den Schutz der Bergregionen fortentwickelt werden.
- Ländliche Räume benötigen dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien.
- Versorgung mit Breitbandtechnik schnell ausbauen.
- Politische Rahmenbedingungen für eine gute Entwicklung von konventionell und ökologisch wirtschaftenden Familienbetriebe und Gemeinschaftsunternehmen. Miteinander keine Gegeneinander in der Landwirtschaft
- Dauerhafte Steuersenkung beim Agrardiesel (Status quo).
- Abbau überflüssiger Bürokratie/wettbewerbsneutrale 1:1 Umsetzung von EU-Richtlinien.
- Kein Rütteln an der Vorsteuerpauschale und an der Beitragsstabilisierung in der agrarsozialen Sicherung sowie am Bundeszuschuss zur Unfallversicherung.
- Das Instrument der Direktzahlungen ist unverzichtbar.
- Begleitmaßnahmen für Milch, durch die Möglichkeit des Milchfonds (Investitionsförderung, Ausgleichszulage und

tierhaltungsbezogene Grünland- und Weideprämie)

- Verbesserung der Marktstellung der Molkereien.
- Förderung von Milcherzeugerkooperationen.
- Die vereinbarte Milchmengensteuerung bis 2015 muss vor dem Hintergrund der realen Entwicklung der Weltwirtschaft zukunftsfähig gestaltet werden.
- Steuerrechtliche Voraussetzungen schaffen für Risikorücklagen.
- Fortsetzung Exportoffensive.
- Förderung von Investitionen und eine Innovations- und Qualifizierungsoffensive (Agrarforschung, Ausbildung).
- Grüne Gentechnik: Sorgen ernst nehmen/kein unnötiges Risiko.
- Verlässliche Rahmenbedingungen für nachwachsende Rohstoffe.
- Stärkung der Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Umwelt, vorrangig Vertragsnaturschutz.
- Förderung von Umstellung auf/Forschung Ökolandbau.
- Eindämmung des Flächenverbrauchs.
- Keine Patente auf Tiere oder Pflanzen.
- Novellierung Landwirtschaftsgesetz/ Verankerung der guten landwirtschaftlichen Praxis.



Die SPD geht in ihrem Regierungsprogramm unter dem Punkt 11 „Verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur“ auf die Landwirtschaft ein.

- Umsetzung Umweltgesetzbuch.
  - Eindämmung des Flächenverbrauchs. Erprobung von handelbaren Flächenzertifikaten.
  - „Innovationsoffensive ländliche Räume“ für eine naturverträgliche ländliche Entwicklung (Entwicklung von Regionalmarken, umweltverträgliche Produktion, Tourismus, Naturschutz, Landschaftspflege und Gesundheitsprävention).
  - Keine Dominanz einzelner Interessen der Land- und Ernährungswirtschaft über Ziele des Verbraucher- und Umweltschutzes.
  - Umwidmung der Subventionspolitik, für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen und die Erbringung gesellschaftlicher gewünschter Leistungen.
  - Landwirtschaft muss mehr für Klimaschutz tun.
  - Tiergerechtere Ausgestaltung von Tierhaltung und Tiertransporten.
  - Einführung eines Tierschutzsiegels, wenn nötig als Vorreiter auf nationaler Ebene.
- tion transgener Pflanzen angesichts wachsender Erdbevölkerung und Sicherung der Ernährung. Gesellschaftliche Vorbehalte müssen im Dialog abgebaut werden.
- Effiziente und nachhaltige „High-Tech-Landwirtschaft“ zur Sicherung der Wertschöpfung im ländlichen Raum.
  - Förderung der Jagd- und Waltschaft.
  - Verbesserungen für Forstgebietsgemeinschaften und Anreize zum Bauen mit Holz.
  - Beibehaltung des jetzigen Jagdrechtes gegen eine Unterordnung des Jagdrechtes unter das Naturschutzrecht.



Das Bundeswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, das mit „Der Grüne neue Gesellschaftsvertrag“ titelt, sagt zur Landwirtschaft:

- 400 000 neue Jobs durch ökologische Modernisierung, unter anderem im Ökolandbau.
  - deutliche Anhebung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien im Ökolandbau.
  - Unterstützung des BDM.
  - Abschaffung Exportsubventionen.
  - Neue Möglichkeiten der Nutzung von Biomasse.
  - Artgerechte Haltung von allen Nutztieren, unter anderem durch Reformen und strikte Anwendung des Emissions-, Bau- und Planungsrechts zur Verhinderung industrieller Massentierhaltungsbetriebe
  - Agrarsubventionen soll es in Zukunft nur geben, wenn Umwelt und Klimaleistungen erbracht und Arbeitsplätze geschaffen werden.
  - Stärkung der gentechnikfreien Regionen
  - Globale Gerechtigkeit: keinen Agrokraftstoff tanken, für den Menschen hungern und Regenwälder abgeholzt werden. Dasselbe gilt auch für den Import von Futtermitteln, der Grundlage für die Massentierhaltung und den übermäßigen Fleischkonsum in Deutschland ist.
- LW



Die FDP hat ihre Vorstellungen zur Landwirtschaft in ihrem Deutschlandprogramm 2009 „Die Mitte stärken“ in dem Kapitel für eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft formuliert. Hierin heißt es:

- Planungssicherheit und Verlässlichkeit, die Direktzahlungen müssen bis 2013 stabil sein.
- Einheitliche Besteuerung des Agrardiesels auf EU-Ebene.
- 1:1-Umsetzung der Regelungen der EU in nationales Recht.
- Regelungen für die Beschäftigung von Saisonarbeitern. vereinfachen.
- Klares Bekenntnis zum Auslaufen der Milchquote/Neue Exportmärkte erschließen und Vermarktung von Molkereien zusammenführen.
- Intensive Agrarforschung.
- Weiterentwicklung der Pflanzenzüchtung und der Züch-